

# LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion  
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16  
60329 Frankfurt am Main  
☎ +49 69 2577 1538  
✉ [europa@region-frankfurt.de](mailto:europa@region-frankfurt.de)  
[www.europabuero-frm.de](http://www.europabuero-frm.de)

12.11.2025

# INHALTSVERZEICHNIS



<b>Aktuelles aus der EU</b>	<b>2</b>
Neues EU-Arbeitsprogramm 2026 veröffentlicht	2
<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung</b>	<b>2</b>
Ratsschlussfolgerungen und Studie zu bezahlbarem Wohnraum	2
Schulung zur EU-Projektarbeit in der nachhaltigen Stadtentwicklung	3
<b>Verkehr und Mobilität</b>	<b>4</b>
Kommission stellt Aktionsplan für schnellere Zugverbindungen vor	4
Kommission legt Investitionsplan für nachhaltigen Verkehr vor	4
<b>Energie, Klima und Umwelt</b>	<b>5</b>
Rat beschließt Position zum Klimaziel für 2040	5
Schlussfolgerungen des Rates zur EU-Wasserresilienzstrategie	5
<b>Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Themen</b>	<b>6</b>
Erste Ausschreibungen 2026 im Kulturprogramm Creative Europe offen	6
Veranstaltung zu Städtepartnerschaften für junge Menschen	7
48 neu vergebene EUROPE-DIRECT-Zentren in Deutschland	7
<b>Folgen Sie uns auf LinkedIn</b>	<b>8</b>



## Aktuelles aus der EU

---

### Neues EU-Arbeitsprogramm 2026 veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 21. Oktober 2025 ihr [Arbeitsprogramm](#) für das Jahr 2026 mit dem Titel „Der Moment der Unabhängigkeit Europas“ vorgestellt. Das Arbeitsprogramm enthält eine Reihe von Maßnahmen, die zum Aufbau eines souveränen und unabhängigeren Europas beitragen sollen. Dabei geht es vor allem um aktuelle und zukünftige Herausforderungen, die sich aus Bedrohungen der europäischen Sicherheit und Demokratie, Konflikten und geopolitischen Spannungen ergeben.

Im Fokus stehen weiterhin die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Binnenmarkts sowie das Ziel, bei sauberen und digitalen Innovationen eine Führungsrolle zu übernehmen, die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit, die Vereinfachung von Vorschriften und dabei auch das Thema Bezahlbarkeit.

Die Europäische Kommission möchte im Jahr 2026 die Entbürokratisierung weiter vorantreiben, Rechtsvorschriften vereinfachen und Kosten senken. Dazu sind Vorschläge für Schlüsselbereiche wie Automobilindustrie, Umwelt, Steuern, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Medizinprodukte und Energieerzeugnisse vorgesehen. Der erste [Überblicksbericht](#) über die Vereinfachungsmaßnahmen – darunter die sogenannten Omnibuspakete – wurde zeitgleich mit dem Arbeitsprogramm veröffentlicht.

Für die kommunale Ebene besonders relevant sind geplante neue Initiativen zum EU-Vergabe- und Beihilferecht, zum Wohnungswesen, zu Cloud und KI sowie zu Klimaresilienz und Energie. Die geplanten Initiativen können im Einzelnen dem [Arbeitsprogramm und den dazugehörigen Anhängen](#) (in englischer Sprache) entnommen werden.

#### Hintergrund

Die Europäische Kommission nimmt jährlich in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und den beratenden Einrichtungen der EU ein Arbeitsprogramm mit den für das folgende Jahr geplanten Maßnahmen an. Das Arbeitsprogramm informiert über politische Verpflichtungen zur Vorlage neuer Initiativen, Vereinfachungsvorschläge, die Rücknahme von Vorschlägen sowie über die Überprüfung bestehender EU-Rechtsvorschriften.

## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

---

### Ratsschlussfolgerungen und Studie zu bezahlbarem Wohnraum

In seiner Sitzung am 23. Oktober 2025 hat sich der Europäische Rat u. a. zu den Herausforderungen im Bereich Wohnraum in Europa ausgetauscht. In seinen [Schlussfolgerungen](#) fordert der Rat die Europäische Kommission auf, rasch einen ehrgeizigen und umfassenden Plan für erschwinglichen Wohnraum vorzulegen. Dabei drängt der Rat auf eine „gebührende Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und der nationalen Zuständigkeiten“.



Der Rat hat zu diesem Thema im Oktober auch eine [Studie](#) zu den aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen im Wohnungswesen (in englischer Sprache) veröffentlicht. Die Studie verdeutlicht ein strukturelles Problem im Wohnungswesen, das – wengleich regional unterschiedlich stark ausgeprägt – durch einen steigenden Preis und unzureichende Angebote gekennzeichnet sei.

Die Verfasser der Studie raten dazu, dass bei einer EU-weiten Diskussion des Themas die unterschiedlichen Ursachen und Systeme der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden sollen. Politiken zur Verbesserung der Wohnungserschwinglichkeit dürfen nicht unbeabsichtigt Ungleichheiten verschärfen oder den Wohnungsbau verlangsamen.

Die Europäische Kommission hatte bereits Anfang des Jahres eine Taskforce gegründet, die einen Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum erarbeiten soll. Dieser wird bis Ende des Jahres 2025 erwartet.

Das Europabüro hat sich mit einer [Stellungnahme](#) in die Aufstellung des Planes eingebracht. Darin regt es verschiedene Vereinfachungen im EU-Beihilfe- und Vergaberecht sowie bei EU-Klima- und Energiegesetzgebungen an, um Hemmnisse beim Wohnungsbau zu verringern. Ferner macht das Europabüro Vorschläge zu Förderansätzen und zeigt Lösungsansätze aus der Region zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf.

## Schulung zur EU-Projektarbeit in der nachhaltigen Stadtentwicklung

Über 130 Städte in Deutschland erhalten für nachhaltige Stadtentwicklungsprojekte im EU-Förderzeitraum 2021–2027 Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Um die Kommunen bei der Planung und Umsetzung dieser Projekte zu unterstützen, lädt die gemeinsame deutsche Kontaktstelle der Europäischen Stadtinitiative (EUI) und des Förderprogramms URBACT am 11. und 12. Februar 2026 [zu einer zweitägigen Schulung](#) nach Würzburg ein.

Die Schulung richtet sich insbesondere an Mitarbeitende der Kommunalverwaltung, die EU-geförderte Stadtentwicklungsprojekte planen und umsetzen. Zudem sind auch Kommunen eingeladen, die bereits in der Vergangenheit EFRE-Projekte umgesetzt oder dies für die Zukunft ins Auge gefasst haben. Die Veranstaltung vermittelt durch Fachvorträge praxisorientierte Einblicke in Themen wie die Planung und Umsetzung von EFRE-geförderten Stadtentwicklungsprojekten, ihre Finanzierung wie auch externes Partnerschaftsmanagement. Ebenso werden EU-geförderte Stadtentwicklungsprojekte in Würzburg besichtigt.

Interessierte Kommunen können sich noch bis zum 28. November 2025 über [diese Webseite](#) anmelden. Die Teilnahme ist kostenlos und pro Stadt sind maximal zwei Verwaltungsmitarbeitende zugelassen. Reisekosten können unter bestimmten Voraussetzungen übernommen werden. Die Details hierzu und weitere Informationen sind [dieser Internetseite](#) zu entnehmen.

# Verkehr und Mobilität

---

## Kommission stellt Aktionsplan für schnellere Zugverbindungen vor

Schneller per Zug durch Europa, dies ist das Ziel eines neuen Aktionsplanes für den Hochgeschwindigkeits-Schieneverkehr, den die Europäische Kommission am 5. November 2025 in Form [einer Mitteilung](#) vorgelegt hat.

Bis spätestens 2040 sollen die Reisezeiten zwischen den europäischen Metropolen drastisch sinken, indem die wichtigsten Knotenpunkte mit Hochgeschwindigkeitsstrecken von 200 km/h verbunden werden. So sollen Fernzüge eine noch attraktivere Alternative zu Kurzstreckenflügen im transeuropäischen Reiseverkehr darstellen.

Der Investitionsbedarf zur Verwirklichung dieser Pläne ist hoch: Rund 345 Mrd. Euro veranschlagt die Europäische Kommission an Kosten, um das Hochgeschwindigkeitsnetz bis 2040 fertigzustellen. Sollte ein noch ehrgeizigeres Ziel von über 250 km/h bis 2050 angestrebt werden, würden sich die Kosten laut Europäischer Kommission sogar auf bis zu 546 Mrd. Euro erhöhen. Die Kommission setzt daher in der Finanzierung sowohl auf private als auch öffentliche Investitionen und möchte eine koordinierte Finanzstrategie vorschlagen. So sollen gezielt europäische Fördermittel mobilisiert werden und Kredite wie auch Garantien der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt werden.

Zudem möchte die Europäische Kommission die Engpässe für den Zugverkehr an den Grenzen der EU-Mitgliedstaaten beseitigen und die Investitions- und Entwicklungsbedingungen der Bahnbetreiber und -hersteller verbessern. Hierzu, so betont die Europäische Kommission in [ihrer Pressemitteilung](#), sollen auch die grenzüberschreitenden Fahrkarten- und Buchungssysteme verbessert werden.

## Kommission legt Investitionsplan für nachhaltigen Verkehr vor

Die Europäische Kommission hat am 5. November 2025 die [Investitionsoffensive für einen nachhaltigen Verkehr](#) vorgestellt. Diese enthält einen strategischen Ansatz zur Förderung von Investitionen in erneuerbare und CO<sub>2</sub>-arme Kraftstoffe mit Schwerpunkt auf dem Luft- und Schiffverkehr.

Um die in den Verordnungen „[ReFuelEU Aviation](#)“ und „[FuelEU Maritime](#)“ festgelegten Kraftstoffziele zu erreichen, werden bis 2035 rund 20 Mio. Tonnen nachhaltiger alternativer Kraftstoffe benötigt. Dafür sind erhebliche Investitionen nötig, zur Ankurbelung der Produktion bis 2035 schätzungsweise 100 Mrd. Euro. Daher sollen mit den Investitionsmaßnahmen der EU bis 2027 mindestens 2,9 Mrd. Euro durch EU-Instrumente mobilisiert werden.

Zu den wichtigsten Investitionsmaßnahmen gehören mindestens 2 Mrd. Euro für nachhaltige alternative Kraftstoffe im Rahmen von [InvestEU](#), 446 Mio. Euro für Projekte für synthetische Flug- und Schiffkraftstoffe im Rahmen des [Innovationsfonds](#), 300 Mio. Euro für die [Europäische Wasserstoffbank](#) zur Unterstützung wasserstoffbasierter Kraftstoffe für den Luft- und Seeverkehr sowie 133,5 Mio. Euro für Forschung und Innovation im Bereich Kraftstoffe im Rahmen des EU-Forschungsrahmenprogramms [Horizont Europa](#).

Zudem bereitet die Europäische Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bis Ende 2025 ein Pilotprojekt der „eSAF Early Movers Coalition“ (eSAF steht für electricity-based Sustainable Aviation Fuel, also strombasierte nachhaltige Flugkraftstoffe) vor, mit dem mindestens 500 Mio. Euro für Projekte im Bereich synthetischer Flugkraftstoffe mobilisiert werden sollen. Darüber hinaus möchte die Kommission mittelfristig einen Mechanismus zur Vernetzung von Kraftstoffherstellern und -abnehmern schaffen sowie den Verwaltungsaufwand für Fluggesellschaften und Schifffahrtsunternehmen verringern.

## Energie, Klima und Umwelt

---

### Rat beschließt Position zum Klimaziel für 2040

Die Umweltministerinnen und -minister der 27 EU-Mitgliedstaaten haben sich auf ihrer Tagung am 5. November 2025 [auf ihre Position zu einem rechtsverbindlichen Klimaziel für 2040 geeinigt](#). Das neue Etappenziel auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050 verpflichtet die Länder, ihre Netto-Treibhausgasemissionen um mindestens 90 % im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken.

Der Kompromiss der Mitgliedstaaten schwächt [den Kommissionsvorschlag vom 2. Juli 2025](#) an wesentlichen Stellen ab. So können die Mitgliedstaaten bspw. fünf Prozentpunkte des 90-Prozent-Ziels durch Klimagutschriften in EU-Drittstaaten kaufen. Dementsprechend müssen die Mitgliedstaaten ihre Emissionen tatsächlich nur um 85 % reduzieren. Die Kommission hatte für diese Treibhausgas-Gutschriften nur einen Anteil in Höhe von maximal 3 % vorgeschlagen. Ebenso möchten die Mitgliedstaaten den Start des neuen Emissionshandelssystems für Verkehr und Gebäude um ein Jahr auf 2028 verschieben.

Festgeschrieben werden soll das Klimaziel für 2040 in einer Überarbeitung des [Europäischen Klimagesetzes](#) von 2021, das aktuell eine Reduktion der Nettotreibhausgasemissionen um mindestens 55 % bis 2030 und die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 rechtsverbindlich vorschreibt. Im nächsten Schritt muss noch das Europäische Parlament seine Position abstimmen, sodass anschließend beide EU-Institutionen in die Trilogverhandlungen gehen können.

Auf derselben Sitzung und als Signal für die UN-Klimakonferenz COP30 verabschiedete der Rat ebenfalls den national festgelegten Beitrag (engl.: Nationally Determined Contributions, NDCs) der EU für die Zeit nach 2030. Dieser sieht bis 2035 eine Senkung der Treibhausgasemissionen in einer Spanne von 66,25 % bis 72,5 % im Vergleich zum Stand von 1990 vor. Nach dem Pariser Klimaabkommen sind die Vertragsstaaten verpflichtet, alle fünf Jahre aktualisierte NDCs einzureichen. Der neue Beitrag leitet sich aus dem 2040-Klimaziel ab, um einen kohärenten Korridor in der Emissionssenkung darzulegen.

### Schlussfolgerungen des Rates zur EU-Wasserresilienzstrategie

Auf ihrer Ratstagung am 21. Oktober 2025 haben die Umweltministerinnen und -minister der 27 EU-Mitgliedstaaten die Europäische Strategie für Wasserresilienz begrüßt und sich damit generell für den Aktionsplan an Maßnahmen ausgesprochen, den die Europäische Kommission im Juni als Mitteilung veröffentlicht hatte (vgl. [Europa Info 05/2025](#), S. 4).



In [ihrer Ratsschlussfolgerung](#) sprechen sich die EU-Mitgliedstaaten für ein stärkeres und koordiniertes Vorgehen im Bereich Wasserresilienz auf EU-Ebene aus. Sie unterstützen die drei Hauptziele, die die Europäische Kommission mit ihrer Strategie verfolgt: eine saubere und erschwingliche Wasserversorgung, die Wiederherstellung des Wasserkreislaufes sowie eine effizientere und nachhaltigere Wassernutzung und -bewirtschaftung.

In der gemeinsamen Positionierung hebt der Rat insbesondere die strategische Bedeutung der Wasserresilienz für die Ernährungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Krisenvorsorge der EU hervor und stimmt der Kommission zu, dass daher auf allen politischen Ebenen noch stärker in eine widerstandsfähige Wasser-Infrastruktur, Frühwarnsysteme wie auch in digitale und innovative Techniken investiert werden sollte. Ebenso unterstreicht der Rat, dass erhebliche Investitionen zur Umsetzung der Strategie erforderlich seien und dass die Finanzierung auch durch die Mobilisierung verfügbarer EU-Mittel gedeckt werden sollte. Gleichzeitig bekräftigen die EU-Mitgliedstaaten, dass sie das Thema Wasserresilienz stärker in ihre nationalen Strategien und Finanzierungsrahmen integrieren werden.

Der Rat fordert die Kommission auf, bis 2027 über die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie zu berichten und eine entsprechende Halbzeitanalyse der Strategie vorzulegen. Die Kommission hatte im Juni versprochen, die Strategie in einem breit angelegten Dialog mit allen Interessenträgern, einschließlich der Kommunen, umzusetzen. Als ersten Schritt wird die Europäische Kommission mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss am 8. Dezember 2025 erstmals [ein Wasserresilienzforum](#) in Brüssel veranstalten. Das Dialogforum soll künftig alle zwei Jahre den Umsetzungsstand evaluieren.

---

## Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Themen

---

### Erste Ausschreibungen 2026 im Kulturprogramm Creative Europe offen

Nachdem die Europäische Kommission im Herbst das jährliche Arbeitsprogramm von Creative Europe für das Folgejahr veröffentlicht hat, starten nun auch nach und nach die Ausschreibungen für 2026.

Im Bereich KULTUR gibt es neue Ausschreibungen bereits im Mobilitätsprogramm für Kunst- und Kulturschaffende [„Culture Moves Europe“](#) sowie im Bereich [Literaturübersetzungen](#).

Der Aufruf für [Europäische Kooperationsprojekte](#) zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Kultureinrichtungen wird voraussichtlich im Februar 2026 veröffentlicht. Bekannt ist bereits, dass in der neuen Ausschreibung nur Anträge für kleine und mittlere Europäische Kooperationsprojekte (Zusammenarbeit von mindestens drei bzw. fünf Organisationen aus mindestens drei bzw. fünf verschiedenen Programmländern) eingereicht werden können. Für große Kooperationsprojekte wird es erst wieder 2027 eine Ausschreibung geben.

Weitere Informationen zum [Arbeitsprogramm 2026](#), das im Wesentlichen die Fortführung der Förderlinien ohne große Änderungen mit einem Gesamtbudget von 380 Millionen Euro vorsieht, finden sich auf der [Webseite des Creative Europe Desk KULTUR](#).



## Veranstaltung zu Städtepartnerschaften für junge Menschen

Am Montag, 24. November 2025 lädt die Transformationsstelle für die deutsch-französische Zivilgesellschaft von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr zu einer Online-Informationsveranstaltung zum Thema Städtepartnerschaften ein.

Darin soll beleuchtet werden, wie moderne Städtepartnerschaften aussehen können und wie es gelingen kann, mehr junge Menschen dafür zu begeistern. Hierzu berichten u. a. Expertinnen und Experten aus ihrer Städtepartnerschaftspraxis.

Die Veranstaltung ist kostenfrei, allerdings ist es erforderlich, [online ein Ticket für die Teilnahme zu buchen](#).

## 48 neu vergebene EUROPE-DIRECT-Zentren in Deutschland

Die [Ausschreibung](#) für die nächste Generation der EUROPE-DIRECT-Zentren (vgl. [Europa Info 05/2025](#), S. 8) ist abgeschlossen. Zum 1. Januar 2026 starten 48 dieser Zentren in Deutschland. Sie fungieren als Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger zu Fragen rund um die EU. Dabei arbeiten sie eng mit der Europäischen Kommission zusammen und bieten zahlreiche Debatten- und Informationsangebote zur EU-Politik an. Unter den neu ausgewählten 48 EUROPE-DIRECT-Zentren in Deutschland befinden sich nun die sechs neuen Zentren Berlin, Chemnitz, Erfurt, Frankfurt am Main, Gießen und Vilstal.

In der Metropolregion FrankfurtRheinMain gibt es dann vier Informationszentren: die neuen EUROPE DIRECTS in Frankfurt am Main und Gießen sowie weiterhin das [Relais Rhein-Main](#) beim Kreis Offenbach und das EUROPE DIRECT [Ingelheim](#) (Träger ist das Weiterbildungszentrum der Stadt Ingelheim). Für Nordhessen setzt das EUROPE DIRECT [NordOstHessen](#) seine Arbeit fort. Die EUROPE-DIRECT-Zentren in [Darmstadt](#) und [Fulda](#) werden nicht fortgeführt.

Träger der EUROPE-DIRECT-Zentren sind regionale oder kommunale Gebietskörperschaften, private Einrichtungen mit einem öffentlichen Auftrag oder Verbände. Für die gesamte Förderperiode erhalten die EUROPE-DIRECT-Zentren jeweils jährlich 44.000 Euro Zuschüsse von der Europäischen Kommission (insgesamt 2.112.000 Euro). Die Zentren werden ab dem 1. Januar 2026 bis zum 31. Dezember 2030 für fünf Jahre tätig sein.



## Folgen Sie uns auf LinkedIn

Wir sind auf LinkedIn aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und zu kommunalrelevanten Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder EU-Gesetzgebungsverfahren auf dem aktuellsten Stand zu halten. LinkedIn ist das größte berufliche Soziale Netzwerk weltweit. Bleiben Sie ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie unserer Seite [Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain](#) folgen.



### Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain

Wir vertreten die Interessen der Metropolregion FrankfurtRheinMain & gestalten die Förderkulisse in Brüssel aktiv mit.

Regierungsverwaltung · Frankfurt, Hesse · 54 Follower:innen · 2-10 Beschäftigte



#### Europabüro Metropolregion FrankfurtRheinMain

54 Follower:innen  
8 Std. ·

Das Interreg Nordwesteuropa Programm lädt am 16. Dezember 2025 zur NWE Jahreskonferenz zur transnationalen Zusammenarbeit unter dem Motto „Cooperating for lasting impact“ nach Luxemburg ein.

Im Fokus der Konferenz steht die Vernetzung und der Austausch über verschiedene Projekte in Nordwesteuropa zu Themen wie **Wasserversorgungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft, Entwicklung von Smart Cities oder Kreislaufwirtschaft.**

Zudem soll die erste Ausschreibung zu Kapitalisierungsprojekten vorgestellt werden.

Weitere Informationen dazu: <https://lnkd.in/dmV744FX>

Mehr zum Konferenzprogramm: <https://lnkd.in/d2ECF79V>

Zielgruppe der Konferenz sind alle Akteure aus dem Programmraum Interreg Nordwesteuropa: darunter Projektpartner, Mitgliedstaaten und Entscheidungsträger auf EU-, regionaler oder lokaler Ebene.

Anmeldung ist bis zum 28. November 2025 möglich unter: [https://lnkd.in/eN\\_ByH-Y](https://lnkd.in/eN_ByH-Y)

8:30–17:00 Uhr European Convention Center Luxembourg

#interreg #NWEAnnualEvent



Gefällt mir

Komentieren

Reposten